

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 36. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 4. November 2013

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:08 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

anwesend :

- Jost Aé
- Ursula Behrendt
- Dr. Ullrich Bittner
- André Bleckmann
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Yvonne Görs
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Andreas Kerath
- Christian Köhler
- Christian Kruse
- Carola Kühn
- Dr. Lüer Kühne
- Marian Kummerow
- Anne Lembke
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Christian Radicke
- Anja Reuhl
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Dr. Harald Stegemann
- Mechthild Thonack

entschuldigt :

- Dr. Gerhard Bartels
- Ulrike Berger
- Erich Cymek
- Marion Heinrich
- Dr. Jörn Kasbohm
- Thomas Mundt
- Ingo Ziola

unentschuldigt :

- Wilfried Lüthen
- Sebastian Ratjen

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Umbesetzung Ausschuss für Sport B665-36/13
Bündnis 90 / Die Grünen
- 5.2. Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001 B666-36/13
- Planung Anbau Theaterhaus
CDU-Fraktion
- 5.3. Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ B667-36/13
Die Linke
- 5.4. Öffentlicher Platz für Ehrungen
SPD-Fraktion
- 5.5. Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus B668-36/13
Anlass der Bürgerschaftswahl 2014
Dez. I , Amt 10
- 5.6. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für
das Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf
Dez. I , Amt 20
- 5.7. Jahresabschluss 2012 des See- und Tauchsportzentrums - Eigen- B669-36/13
betrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
STZ
- 5.8. 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren B670-36/13
sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung
in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
(Abwassergebührensatzung)
Abwasserwerk Greifswald
- 5.9. 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Universitäts- B671-36/13
und Hansestadt Greifswald
Dez. I , Amt 10
- 5.10. Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen B672-36/13
in Mecklenburg-Vorpommern
Dez. III
- 5.11. Satzung zur Aufhebung der Entgeltordnung des "SFZ" (Schülerfrei- B673-36/13
zeitzentrum) der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Amt für Jugend, Soziales und Familie
- 5.12. Satzung zur Aufhebung der Satzung des Amtes für Jugend, Sozia- B674-36/13
les und Familie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Amt für Jugend, Soziales und Familie
- 5.13. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße-; Sat- B675-36/13
zungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Haupt-
ausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Mitteilungen des Präsidenten
9. Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2013
10. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 36. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 33 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft ist diese beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert, dass zum Tagesordnungspunkt 5.10 aktuell ein neuer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt.

Das erweiterte Präsidium hat sich zum TOP 5.6 (Haushaltssatzung 2014) verständigt, diesen Tagesordnungspunkt heute von der Tagesordnung abzusetzen, weil der Entwurf des Haushaltsplanes noch nicht in Papierform vorliegt. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich entsprechend verständigt, heute keine Aussprache dazu zu führen.

Außerdem zieht die SPD-Fraktion den TOP 5.4 (Öffentlicher Platz für Ehrungen) zurück.

Herr Dr. Fassbinder bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Tagesordnung nicht zustimmen wird, weil die Vorlage unter TOP 5.10 (Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern) nicht im Bildungsausschuss behandelt wurde.

Da es keine weiteren Anträge gibt, stellt der Präsident die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr David Vössing:

Aufgrund des Regens ist der Radweg von Wackerow am Friedhof entlang derzeit mit einigen großen Pfützen behaftet. Kann dort mit Schotter, Kies oder ähnlichem zeitnah Abhilfe geschaffen werden?

Herr Senator Hochheim:

Das angesprochene Problem ist leider nicht das einzige. Der Senator muss mitteilen, dass das Geld nicht zur Verfügung steht, um diesen Zustand zu beseitigen. Herr Hochheim sagt aber eine Prüfung zu, dieses und auch das Problem mit dem Treidelpfad zu lösen.

Frau Gertrud Frank, Ernst-Wulff-Weg 1:

Viele Bürger der Südstadt seien über die Raserei in der Karl-Krull-Straße verärgert. Lange gab es dort eine Tempo-30-Zone. In diesem Gebiet leben viele ältere Bürger und viele Schulkinder benutzen diesen Weg zur Erwin-Fischer-Schule. Außerdem gibt es dort die zwei Bushaltestellen und den Fahrradweg auf der Straße. Es sei als älterer Mensch äußerst schwierig, die Straße gefahrlos zu überqueren. Frau Frank übergibt eine Unterschriftensammlung zur Wiedereinführung der Tempo-30-Zone.

Herr Senator Hochheim:

In der Karl-Krull-Straße kann keine Tempo-30-Zone eingeführt werden. Es wird eine 30-km/h-Gebietszone eingerichtet. Darüber besteht Einvernehmen mit den entsprechend beteiligten Kommissionen, die verwaltungsintern getagt haben. Dem Wunsch der Einwohner wird somit entsprochen, nicht nur in der Karl-Krull-Straße, sondern im ganzen Wohngebiet eine beruhigte Zone einzurichten.

3 Jugendliche vom Pfadfinderbund:

(Clara Fries, Nala Thasi, Jannes Weu)

- zum Erhalt der Kinder-, Jugend- und Kulturarbeit in Greifswald

Der Stadtjugendring beherbergt viele Jugendvereine, die im vergangenen Jahr keine Gelder mehr bekommen haben. Die Jugendlichen wünschen und hoffen, dass die Stadt mehr Vereine unterstützt und das „Klex“ erhalten bleibt sowie Perspektiven aufgezeigt werden.

Magdalene Majeed, AStA:

- zum gleichen Thema: Erhalt des „Klex“

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen**Zu TOP: 5.1 Umbesetzung Ausschuss für Sport**

B665-36/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau **Cornelia Kampe** und Herr **Christoph Oberst** werden für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stellvertreter_innen im Ausschuss für Sport.

Herr Dr. Ullrich Bittner und Herr Dr. Stefan Fassbinder scheiden als Stellvertreter für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Ausschuss für Sport aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.2 Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001

- Planung Anbau Theaterhaus

B666-36/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der CDU-Fraktion erfolgt durch Herrn Hochschild.

Herr Prof. Joecks meint, dass der Zeitpunkt für die Entscheidung zur Freigabe der Mittel ungünstig sei, weil niemand weiß, wie es mit der Theaterlandschaft weitergeht. Ob der Anbau wirklich benötigt wird, „steht in den Sternen. Wir wollen das Theater **behalten und erhalten.**“

Herr Prof. Joecks beantragt eine Änderung, die Mittel zu entsperren, aber das Geld nicht einzusetzen für die Planung eines Anbaus, dessen Notwendigkeit nicht abgeschätzt werden kann.

Im Rahmen der Diskussion bekräftigt Herr Hochschild noch einmal, dass der Theateranbau notwendig ist, um die Arbeitsbedingungen für die Künstler am Theater zu verbessern. Da die Fraktion davon ausgegangen ist, dass diese Vorlage heute keine Mehrheit findet, hat die CDU-Fraktion bereits für den kommenden Sitzungszyklus eine weitere Beschlussvorlage (Sanierungskonzept Theatergebäude Greifswald) eingereicht. Damit würde sich der Änderungsantrag erübrigen.

Auf die Rückfragen von einigen Mitgliedern der Bürgerschaft gibt Herr Wille hinsichtlich der Finanzen Erläuterungen. Sollten die Haushaltsmittel nicht in Anspruch genommen werden, sind sie in das nächste Haushaltsjahr übertragbar. Sie können aber nicht für Instandhaltungsmaßnahmen umgewidmet werden.

Im Rahmen der weiteren Diskussion regt Herr Dr. Bittner an, dass sich der Ausschuss für Investitions- und Sanierungsvorhaben mit der Theaterproblematik beschäftigt.

Frau Socher schlägt vor, dass die Diskussion im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 5.10 geführt wird.

Die Mitglieder der Bürgerschaft führen eine kontroverse Diskussion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und zur Beschlussvorlage der CDU-Fraktion.

Der Präsident unterbricht die Sitzung für ein Gespräch mit dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden.

Unterbrechung von 18:33 Uhr bis 18:38 Uhr

Herr Liskow gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag zurückzieht und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Sperrvermerk der Haushaltsstelle 26100-M13001 - Planung Anbau Theaterhaus - wird aufgehoben und die Mittel zur Vergabe der Planungsaufträge freigegeben.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 5.3 Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ B667-36/13

Die Einbringung und Begründung der Vorlage der Linksfraktion erfolgt durch Frau Socher.

Herr Dr. Kerath gibt zu bedenken, dass dieser Beschlussvorschlag keine bürgerrechtliche Angelegenheit, sondern ein bundespolitisches Thema darstellt. Die SPD-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin für eine Neugestaltung der Kommunalfinanzen einzusetzen, die den Gebietskörperschaften eine auskömmliche Finanzierung ihrer Aufgaben garantiert.

Aus Sicht von Herrn Multhauf hat der Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit dem eigentlichen Beschlussantrag der Linksfraktion nichts zu tun. Er bekräftigt den Antrag seiner Fraktion, dass die Kommunen ihrem Willen Ausdruck verleihen sollten.

Der Präsident gibt bekannt, dass er den Antrag der SPD-Fraktion nicht zulässt, weil er sich nicht auf den Ursprungsantrag bezieht.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen von Herrn Dr. Kühne, Herrn Dr. Bittner und Herrn Hoebel lässt der Präsident über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ (<http://www.vermoegensteuerjetzt.de>) bei und unterstützt die Einführung einer Vermögenssteuer in Deutschland.

Abstimmungsergebnis: bei 13 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 5.4 Öffentlicher Platz für Ehrungen

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 5.5 Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2014

B668-36/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Anzahl von sechs Mitgliedern für den Wahlausschuss aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.6 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf

- für die heutige Sitzung zurückgezogen

Zu TOP: 5.7 Jahresabschluss 2012 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

B669-36/13

Aufgrund der Bemerkungen von Herrn Multhauf erklärt der Oberbürgermeister, dass für die „Greif“ zusammen mit den Stadtwerken ein Strategiekonzept erarbeitet wird, um die Einnahme- bzw. die Ausgabesituation der „Greif“ zu verbessern. Seitens der Stadtwerke liegt ein erster Entwurf vor. Wenn das Konzept fertig ist, wird es der Bürgerschaft vorgelegt.

Herr Kruse regt an, in die Überlegungen bei der Erarbeitung des Strategiekonzeptes der Stadtwerke die Reduzierung der Personalkosten, die einen großen Anteil ausmachen, einzubeziehen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2012 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit
einer Bilanzsumme von 1.304.896,66 EUR
davon einem Eigenkapital von 1.246.988,85 EUR
und einem Jahresverlust von 302.701,07 EUR
festgestellt.

Der Jahresverlust 2012 in Höhe von 302.701,07 EUR wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ ausgeglichen.

Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

2. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (Schwerin) als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2013 durch den Landesrechnungshof MV zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.8 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwassergebührensatzung)
B670-36/13

Für die Linksfraktion bemerkt Herr Dr. Stegemann, dass eine Eigenkapitalverzinsung von 6% nicht mehr in die Zeit passt. Die Stadt würde von niedrigen Zinsen an verschiedenen Stellen profitieren. Die Linksfraktion ist der Auffassung, dass diese Niedrigzinsen an die Beitragszahler weitergegeben werden sollten. Deshalb beantragt Herr Dr. Stegemann im Namen seiner Fraktion, die Kalkulation auf eine Eigenkapitalverzinsung von 3% aufzubauen und auf dieser Basis den Beitrag neu zu berechnen.

Er bedankt sich bei der Geschäftsführung des Abwasserwerkes für die ausführlichen Ausführungen im Finanzausschuss.

Im Rahmen der Diskussion bemerkt Herr Braun für die SPD-Fraktion, dass dieser Änderungsvorschlag mit 3% vorab schon einmal durchgerechnet wurde und er stellt fest, dass das eine Senkung der Gebühren für eine Familie in Höhe von 3,60€/Monat ausmacht, aber auf der anderen Seite einen Einnahmeverzicht für die Stadt von 200.000€ bedeuten. Wenn die Linksfraktion solch einen Vorschlag unterbreitet, muss sie auch sagen, wie das finanziert werden soll. Diese Minder-einnahmen bei der Stadt würden sich dann in irgendeiner anderen Belastung auf den Bürger auswirken.

Aufgrund einer Bemerkung von Herrn Dr. Bittner erklärt Frau Teetz vom Beteiligungsmanagement, dass die Stadtwerke im Finanzausschuss anhand von Präsentationen ausführliche Erläuterungen gegeben haben, die allen Fraktionen

schriftlich zur Verfügung gestellt wurden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über den Änderungsantrag der Linksfraktion abstimmen, die Eigenkapitalverzinsung auf 3% zu senken.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Daraufhin stellt der Präsident den vorgelegten Beschlussvorschlag in unveränderter Form zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Gebührensatzung) mit einer Gebühr in Höhe von **2,25 €/m³** für Schmutzwasser und einer Gebühr für Niederschlagswasser in Höhe von **7,50 € pro 10 m²** befestigter Grundstücksfläche.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.9 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B671-36/13

Auf die Frage von Herrn Multhaus, ob die Fraktionen des Landkreises auch Räume der Stadtverwaltung für Beratungen nutzen dürfen, lehnt dies der Oberbürgermeister eindeutig ab, um nicht der NPD die Möglichkeit zu geben, ihre Fraktionssitzung im Rathaus durchzuführen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung über die Nutzung von Räumen in kommunalen Verwaltungsgebäuden, Schulen und anderen städtischen Einrichtungen mit folgender Änderung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.10 Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern
B672-36/13

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen neuen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Hochschild die Stellungnahme ab. Er teilt mit, dass die CDU-Fraktion der von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage geschlossen zustimmen wird. Sollte der Vereinbarung nicht zugestimmt werden, gehen der Stadt möglicherweise 600.000€ verloren und damit wäre der Haushaltsplan und der Wirtschaftsplan des Theaters ein nutzlos gewordenes Papier. Anhand einer Präsentation geht Herr Hochschild auf den Änderungsantrag der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Er kann nicht nachvollziehen, warum die Tischvorlage zur Theaterstruktur nicht am 9. Oktober behandelt wurde. Unverständlich sei auch, warum Herr Dr. Fassbinder nicht wollte, dass der TOP 5.10 heute behandelt wird.

Herr Hochschild bemerkt, dass der Änderungsantrag gar keiner sei, weil er mit der Verwaltungsvorlage gar nichts zu tun habe. Das sei ein separater Antrag, der ein Prüfauftrag darstellt.

Herr Liskow fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf, ihren Änderungsantrag zu prüfen.

Herr Prof. Joecks macht darauf aufmerksam, dass es bei diesem „Letter of intent“ keine Spielräume gibt. Er bittet um Zustimmung, weil es keine Alternative gibt.

Frau Dr. Fassbinder erklärt aufgrund der Äußerungen von Herrn Hochschild, dass die Fraktion dem vorgelegten Beschlussvorschlag zustimmen wird, wenn noch ein weiteres Modell geprüft wird. Die Fraktion möchte, dass nicht METRUM, sondern die Stadtverwaltung die Prüfung vornimmt. Folgender Beschlussvorschlag wird an der Videowand präsentiert:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob die Eigenständigkeit des Theaters Vorpommern GmbH in seiner derzeitigen Struktur als Dreispartentheater mit den derzeit betriebenen Spielstätten unter folgenden Bedingungen erhalten bleiben kann:

- *Ab 2016 (jährliche) Dynamisierung der kommunalen Zuschüsse sowie der Landeszuweisungen in einer Größenordnung, die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst der Kommunen ausgleicht, und bezogen auf den jeweiligen Gesamtzuschuss des vorherigen Jahres*
- *Mindestlohn von 8,50 Euro für alle fest angestellten Beschäftigten*
- *Berücksichtigung der geltenden Tarifverträge*

Die Prüfung erfolgt parallel zur im letter of intent (Vereinbarung) vereinbarten Prüfung der beiden Modelle 4 und 7 durch die METRUM GmbH. Die Leitung des Theaters ist einzubeziehen. Die Prüfung soll mit eigenen Ressourcen gewährleistet werden. Das Prüfergebnis wird der Bürgerschaft spätestens zum gleichen Zeitpunkt wie das METRUM-Prüfergebnis vorgestellt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Stralsund) wird einen entsprechenden Prüfauftrag am Donnerstag auch in Stralsund in die Bürgerschaft einbringen.

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass er davon ausgeht, dass das Modell durchgerechnet wird, wenn das Gutachten von METRUM vorliegt. In seinen Ausführungen gibt der Senator noch einige Hintergrundinformationen.

Für die Linksfraktion erklärt Frau Socher, dass ihre Fraktion teilweise dem „Letter of intent“ zustimmen wird. Der Gesellschafter kann erst handeln, wenn Greifswald und Stralsund, also beide Gebietskörperschaften, zustimmen.

Herr Dr. Steffens teilt mit, dass die Stralsunder Bürgerschaft der Beschlussvorlage, wie sie heute vorliegt, bereits zugestimmt hat. Er untermauert noch einmal die Dringlichkeit der Beschlussfassung. Es kann kein Grund sein, den Beschlussvorschlag abzulehnen, nur weil der Bildungsausschuss ihn nicht beraten hat.

Herr Liskow stellt noch einmal klar, dass es im heute vorgelegten Beschlussvorschlag nur darum geht, die Verwaltung zu bevollmächtigen, die Vereinbarung zu unterschreiben. Er schlägt der Fraktion vor, um dem Anliegen gerecht zu werden, den Antrag als eigenen Antrag in den kommenden Zyklus einzustellen, weil die Prüfung zusätzlich erfolgen soll.

Herr Dr. Fassbinder bringt zum Ausdruck, dass die Dringlichkeit der Beschlussvorlage im Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur offensichtlich nicht deutlich genug dargelegt wurde, sonst hätte der Ausschuss die Behandlung der Tischvorlage am 09.10.2013 nicht abgelehnt. Die Absichtserklärung soll nicht geändert werden, erläutert der Fraktionsvorsitzende, sondern nur der Beschlussvorschlag.

Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, wie in Stralsund vorzugehen und den "Letter of intent" zu beschließen. In Stralsund wird die Änderung als eigener Beschlussantrag eingebracht. Ausreichend wäre auch, wenn der Beschlussantrag als Protokollnotiz festgehalten wird.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt Herr Dr. Fassbinder eine Auszeit.

Auszeit von 19:39 Uhr bis 19:45 Uhr

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass seine Fraktion den heute vorgelegten Änderungsantrag als selbständigen Beschlussantrag in den kommenden Sitzungszyklus einbringt.

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass die Verwaltung die anliegende Vereinbarung zu den Voraussetzungen und Grundlagen der zukünftigen Organisation der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern abschließt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.11 Satzung zur Aufhebung der Entgeltordnung des "SFZ" (Schülerfreizeitzentrum) der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B673-36/13

Herr Multhaus empfindet die Aufhebung der vorgelegten Satzung als überflüssig, weil es die Einrichtung gar nicht mehr gibt.

Daraufhin erklärt Herr Prof. Joecks, dass die Verwaltung überprüfen sollte, welche Satzungen dies noch betreffen könnte.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Satzung zur Aufhebung der Entgeltordnung des „SFZ“ (Schülerfreizeitzentrum) der Universität- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.12 Satzung zur Aufhebung der Satzung des Amtes für Jugend, Soziales und Familie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B674-36/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Satzung zur Aufhebung der Satzung des Amtes für Jugend, Soziales und Familie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 26.05.2010 BS Nr. B131-06/10.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.13 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße-; Satzungsbeschluss
B675-36/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 i. V. m. § 13a des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I, S. 1548), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße -, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss zur Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechzeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 34 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über die Hauptausschussbeschlüsse vom 21.10.2013 und Termine sowie wichtige Ereignisse in der Stadt. Die Mitteilungen

werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH hat am 21.10.2013 Herrn Thomas Prauße als neuen Geschäftsführer bestellt.

Die Gesellschafterversammlung des TZV hat am 29.10.2013 beschlossen, Herrn Dr. Wolfgang Blank, Geschäftsführer der BioTechnikum Greifswald GmbH, auch als Geschäftsführer der TZV GmbH zu bestellen.

Am 24.06.2013 hat die Bürgerschaft einen Prüfauftrag zum Anliegenmanagementsystem beschlossen. Der Zeitpunkt zur Einführung des Meldeportals ist auf den 1. Juli 2014 festgesetzt.

Weiterhin informiert der Oberbürgermeister, dass er am 11.11.2013, 17:30 Uhr eine Sondersitzung des Hauptausschusses zur „Vergabe 2. BA Schießwall“ einberuft. Diese Sitzung zur Anhörung der Hauptausschussmitglieder ist notwendig, weil die Vergabefrist nicht verlängert werden kann. Das Verfahren ist im letzten Hauptausschuss und im erweiterten Präsidium besprochen worden.

Herr Hochheim informiert aus dem Dezernat II:
Das Innenministerium teilt die Rechtsauffassung der Stadt, auf der Wiecker Brücke eine Video-Überwachung durchzuführen.

Die Bürgerschaft hat einen Prüfauftrag zur Einrichtung eines Tierfriedhofes beschlossen. Vorbehaltlich der Betriebserlaubnis der Landrätin des Landkreises sei es grundsätzlich möglich, auf einer Reservefläche außerhalb des Neuen Friedhofes einen kommunalen Tierfriedhof herzurichten.

Bezüglich der Stralsunder Straße 10/11 informiert Herr Hochheim, dass das Petruswerk dem Verein unmittelbar ein Kaufangebot unterbreitet hat. Derzeit prüfe der Verein die Angelegenheit.

Der Termin der Abnahme der Brücke vom Eisenbahnbundesamt muss verschoben werden, weil noch Nacharbeiten zu erledigen sind. Ein neuer Termin wird bekanntgegeben.

Herr Dembski informiert aus dem Dezernat III:
Zum 01.11.2013 sind zwei Mitarbeiter für den kommunalen Ordnungsdienst eingestellt worden. Im Dezember ist vorgesehen, sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Zu TOP: 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Auf eine Nachfrage von **Frau Görs** zum Tempolimit in der Osnabrücker Straße teilt Herr Hochheim mit, dass dort 50km/h gelten. Die Zuständigkeit liegt beim Straßenbauamt.

Herr Multhau spricht dem Oberbürgermeister ein Lob aus, weil Herr Dr. König den 100 Jahrestag des ersten Krematoriums in Vorpommern gewürdigt hat und dass am 1. November der „Carl-Paepke-Platz“ wiederbenannt wurde.

Fragen/Bemerkungen:

1. die Vorstellung der neuen Rektorin der Universität vor der Bürgerschaft
2. Greif-Schule
3. Dank bezüglich der 30-km-Zone in Schönwalde I/Südstadt
Gibt es zeitliche Vorstellungen?

